



Der Kompass für die CDU Braunschweig.

Braunschweig, im April 2025

„In Freiheit leben – Deutschland sicher in die Zukunft führen“

So lautet der Titel des neuen Grundsatzprogramms der CDU Deutschlands, beschlossen im Mai 2024 in Berlin. Aufbauend auf diesen Grundsätzen, geben sich auch Braunschweigs Christdemokraten ein neues Grundsatzprogramm, das als *Kompass* dazu beitragen soll, den liebenswerten Charakter unserer Stadt zu erhalten, auf die großen Herausforderungen unserer Zeit angemessen zu reagieren und zugleich die sinnvollen Modernisierungen einzuleiten. Der *Kompass* zeigt den Weg auf, wie wir in der zweitgrößten Stadt Niedersachsens Politik mit christdemokratischer Handschrift gestalten werden. Dieser *Kompass* blickt aber auch über den Tellerrand der Kommunalpolitik hinaus auf die Bundes-, Landes- und Europaebene.

Verantwortung für unsere Löwenstadt

Als CDU Braunschweig übernehmen wir gemeinsam mit unseren Mandatsträgerinnen und Mandatsträgern Tag für Tag Verantwortung für unsere Löwenstadt. Wir geben unser Bestes, um Braunschweig wieder nach vorne zu bringen. Doch um dies umzusetzen, braucht es Mehrheiten.

Verantwortung bedeutet, die Folgen des eigenen Handelns oder Unterlassens realistisch zu betrachten, zu tragen und für die Auswirkungen auf andere einzustehen. Für die Politik ist Verantwortung besonders wichtig, da ihre Entscheidungen die Gesellschaft, die Wirtschaft, die Sicherheit und die Umwelt erheblich beeinflussen und langfristige Folgen haben können.

Politisches Handeln wird von der Öffentlichkeit aufmerksam beobachtet. Nur verantwortliches Tun stärkt das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die Demokratie und ihre Institutionen. Politikerinnen und Politiker verfügen hier über Macht auf Zeit. Verantwortungsbewusstsein bildet ein Gegengewicht, das sicherstellt, dass diese Macht zum Wohl der Gesellschaft ausgeübt wird.

Wie wir als CDU verantwortlich handeln:

- **Transparent:** Offene Kommunikation über Ziele, Entscheidungen und deren Hintergründe begründet Vertrauen und zeigt den Bürgerinnen und Bürgern, dass ihre Anliegen und Interessen ernstgenommen werden.
- **Dialogbereit:** Politikerinnen und Politiker müssen ihre Vorhaben erklären, Kritik aufnehmen und gegebenenfalls in ihre Entscheidungen einfließen lassen. Sie müssen sich an ihren Versprechen messen lassen und bereit sein, aus Fehlern zu lernen.
- **Nachhaltig:** Eine verantwortliche Politik orientiert sich nicht nur an kurzfristigen Zielen oder an Wahlen, sondern berücksichtigt auch die langfristigen Folgen für künftige Generationen.
- **Bürgernah:** Wir nehmen Bürgerinnen und Bürger sowie ihre Bedürfnisse und Anliegen ernst, hören ihnen zu und erarbeiten in Abstimmung mit ihnen Lösungen.
- **Vernetzt:** Durch Mitgliedschaften und Verbindungen in die Vereine, Verbände und Institutionen unserer Stadt hinein erhalten wir einen direkten Eindruck, wie die Braunschweigerinnen und Braunschweiger die Politik auf kommunaler, Landes-, Bundes- und EU-Ebene wahrnehmen.

Nur verantwortliche Politik liefert wirksame Antworten für unser Gemeinwesen.

Eine Milliarde Euro Schulden! Das ist die Bilanz der vergangenen zehn Jahre Politik im Rathaus. Sie hat die Stadt Braunschweig ihrer wirtschaftlichen und damit ihrer politischen Handlungsfähigkeit beraubt. Dieser unverantwortlichen Politik stellt die Christlich Demokratische Union ihre politischen Grundsätze als Angebot an die Braunschweiger Bürgerschaft gegenüber.

Ausgangslage für unseren Kompass

Die Zukunft der Stadt Braunschweig als Oberzentrum unserer Region wird von verschiedenen Faktoren bedroht: Wohlstandsverlust, Unsicherheiten durch Kriege, Pandemien und illegale Migration, sowie eine alternde Gesellschaft. Hinzu kommen Herausforderungen wie Digitalisierung, neue Arbeitswelten und Klimawandel. Obwohl sich die Welt immer schneller verändert, sind einige Trends und wahrscheinliche Entwicklungen absehbar.

Wirtschaft, Arbeit und Finanzen

Leistung findet in der heutigen Debatte kaum noch Raum. Unsere Wirtschaft befindet sich im Umbruch. Die Krise der Autoindustrie wird für Zulieferer und generell für den Mittelstand in unserer Region zu harten Einschnitten führen. Das bekommen unsere Städte und Gemeinden nicht nur durch geringere Gewerbesteuereinnahmen zu spüren, sondern auch durch den Verlust von Arbeitsplätzen und bei der Kaufkraft. Gerade unsere Innenstadt, ihr Handel und ihre Dienstleistungen sind direkt betroffen. Sorge um den Job und der erschwerte Zugang zur Innenstadt durch eine verfehlte Verkehrspolitik führen zu Umsatzverlusten und zu immer mehr Geschäftsschließungen. Die Stadt als Oberzentrum heißt die Menschen aus dem Umland immer weniger willkommen und läuft Gefahr, ihrer Aufgabe als Oberzentrum nicht mehr im vollen Umfang gerecht zu werden.

Durch unsere differenzierte Wirtschaftsstruktur mit ihrem starken Dienstleistungssektor sowie zahlreichen wissenschaftlichen Einrichtungen bis hin zu den Hochschulen hat Braunschweig nicht nur gute Chancen, Krisen besser zu bewältigen, sondern auch die Voraussetzungen, Herausforderungen mit Innovationen erfolgreich zu begegnen. Für einen starken Technologietransfer und für Unternehmensgründungen fehlen die Rahmenbedingungen und eine geeignete Förderung.

Soziales, Gesundheit und Pflege

Der demographische Wandel mit einer alternden Bevölkerung setzt Sozialsysteme und Arbeitsmarkt weiterhin unter Druck, was zu politischen Debatten über Renten, Sozialleistungen und die Finanzierung des Gesundheitssystems führt. Es besteht die Gefahr von Verteilungskonflikten. Besonders angespannt ist die Situation in der Altenpflege. Sie wird sich in den kommenden Jahren dramatisch zuspitzen. Zugleich ist der Bedarf für mehr Familienfreundlichkeit und die Bereitschaft zu mehr Offenheit für eine gezielte Zuwanderung in den regionalen Arbeitsmarkt vorhanden, sofern die illegale Migration eingedämmt wird.

Sicherheit und Verlässlichkeit

Bürgerinnen und Bürger verlieren zunehmend Vertrauen in den Staat und in die Durchsetzung von Gesetzen. Der Polizei fehlen Beamtinnen und Beamte für den Einsatz- und Streifendienst und dies führt zu einer mangelnden Präsenz auf der Straße. Unsere Stadt ist nicht überall sicher. Das hat mit zunehmender Rücksichtslosigkeit und Missachtung von Gesetzen und Regeln des Miteinanders durch

hier lebende Menschen zu tun. Perspektivlosigkeit insbesondere bei jungen Männern mit Migrationshintergrund führt überproportional zu Verfehlungen und Straftaten. Der Respekt vor dem Gesetz weicht zunehmend einer Gesetzlosigkeit einer auffälligen Minderheit der Gesellschaft. Verlässliche Maßnahmen zur Erhöhung der Sicherheit durch die Verwaltung erfolgen kaum oder zu langsam.

Umwelt, Klima und Energie

Klimapolitik wird weiter eine zentrale Rolle im staatlichen Handeln spielen, denn die Erwartungen der Gesellschaft und auch der Wirtschaft an eine ökologische und nachhaltige Entwicklung steigen. Der Ausbau erneuerbarer Energien und der Übergang zu einer CO₂-neutralen Wirtschaft müssen politisch noch stärker in den Fokus rücken. Zugleich ist der Schutz unserer Landschaft, unserer Gewässer und des Stadtbildes vor zunehmender Verschmutzung dem Gros unserer Bevölkerung wichtig.

Digitale und technologische Transformation

Die digitale Transformation in der Wirtschaft beschleunigt sich und ist zu einem wichtigen politischen Handlungsfeld geworden. Es fehlen Rahmenbedingungen, die Betriebe in diesem Prozess nachhaltig unterstützen, um mit technologischen Innovationen wettbewerbsfähig zu bleiben oder wieder zu werden. Die digitale Transformation hat in der Wirtschaft begonnen; unsere Verwaltungen hinken weit hinterher. Der Ausbau digitaler Infrastrukturen wie der Glasfasernetze und 5G erfolgt zu langsam. Der Erwerb digitaler Kompetenzen sowie die Fähigkeit und die Bereitschaft, lebensbegleitend zu lernen, werden in der Breite immer noch unzureichend gefördert. Sie sind aber Voraussetzung dafür, den technologischen Wandel mitzugestalten.

Kitas und Schulen

Viele Familien mit Kindern leben seit Jahren am Limit. Es vergeht kaum eine Woche, in der nicht verkürzte Betreuungszeiten oder zeitweise Gruppenschließungen in Braunschweiger Kindertagesstätten angekündigt und durchgeführt werden. Zudem ist die Versorgungsquote in den Stadtbezirken unterschiedlich hoch. Viele Schulen sind sanierungsbedürftig und unzureichend ausgestattet. Es fehlen Lehrkräfte, die qualifizierte Unterrichtsversorgung nimmt ab, digitale Medien und Inhalte sind kaum Bestandteil des Unterrichts. Zugleich steigen die Anforderungen an die zu vermittelnden Inhalte. Der Bedarf an Sprach- und Lernförderung nimmt kontinuierlich zu und viele Schulklassen sind für die angestrebte Integration und Inklusion schlicht zu groß.

Bezahlbarer Wohnraum

Wohnen ist ein Grundbedürfnis des Menschen. Bezahlbarer Wohnraum ist dafür die Voraussetzung. Alle Einkommenschichten in der Stadt beanspruchen passenden Wohnraum für jede Lebenslage. Doch das Wohnungsangebot bildet diesen Anspruch nicht ab und die Bereitschaft der Wirtschaft, den Bedarf durch Neubau zu decken, ist aktuell eher unterentwickelt. Das liegt zu einem Großteil an überbordenden rechtlichen Vorgaben und starrem bürokratischen Aufwand.

Wie begegnen wir als Christdemokraten diesen Entwicklungen?

Am Anfang steht die Umsetzung einer großen Verwaltungsreform. Diese muss schnell, bürgernah und mit den Möglichkeiten des 21. Jahrhunderts gestaltet werden. Effizienz und Effektivität brauchen konsequente Digitalisierung mit künstlicher Intelligenz. Es braucht standardisierte Abläufe mit einer signifikanten Reduzierung der Bearbeitungszeiten, um Entscheidungen schneller zu treffen, sowie eine Bündelung von Schnittstellen. Diese Transformation bedingt, dass die Prozesse wirklich optimiert, schneller sowie bürger- und wirtschaftsfreundlicher werden. Nur so gewinnen wir wieder mehr Vertrauen der Menschen in eine funktionierende Stadt. Diese Reform ist Basis und Voraussetzung der folgenden Themen.

Durchsetzungsfähiger Rechtsstaat

Ein starker Rechtsstaat bildet die Basis für Freiheit und Sicherheit. Wir setzen uns für eine effiziente und konsequente Sicherheits- und Ordnungspolitik ein. Unser Zentraler Ordnungsdienst (ZOD) muss personell und technisch so ausgestattet sein, dass er in enger Kooperation mit der Polizei Gefahren abwehren kann. Wir stehen für den Schutz der Grundrechte und die Durchsetzung von Recht und Ordnung. Wir wollen sicher leben und uns in unserer Stadt frei bewegen. Gesetze und Anordnungen müssen konsequent durchgesetzt werden. Überall und auch dort, wo es weh tut.

Gefühlte Sicherheit setzt sichtbare Polizeipräsenz rund um die Uhr und am Wochenende – eine zentrale Forderung an das Land Niedersachsen – sowie eine deutliche Ausweitung der Videoüberwachung an Orten voraus, die bislang besonders stark durch Kriminalität belastet sind. Dabei muss der ZOD zur Unterstützung der Polizei in gefährdeten Gebieten rund um die Uhr für Sicherheit sorgen.

Doch auch die Initiative „Unser sauberes Braunschweig“, die Graffiti-Beseitigung, die Stadtreinigung sowie generell bauliche Maßnahmen sollen verstärkt dazu beitragen, Angsträume zu beseitigen.

Unsere Berufsfeuerwehr bildet mit den Freiwilligen Feuerwehren, der Polizei und dem ZOD das Rückgrat der inneren Sicherheit in unserer Kommune. Aus diesem Grund hat ihre gute personelle wie materielle Ausstattung für uns oberste Priorität. Das gilt für taugliches Gerät wie Fahr- und Werkzeuge, für die sicherere persönliche Ausstattung von schwer entflammaren Hosen und Jacken bis zum Helm, aber auch für Feuerwehrhäuser mit standardisierten Grundrissen. Ziel ist, in Zeiten der Unsicherheiten und Epochenbrüche weltweit, den Zivil- und Katastrophenschutz massiv auszubauen.

Solide Finanzen

Verantwortliches Haushalten ist die Basis für Wohlstand und soziale Sicherheit. Dies erfordert eine klare Prioritätensetzung und Kürzungen. Wir müssen den Haushalt mit bis zu zwei Milliarden Euro Schulden Ende 2029 aus Verantwortung für alle Generationen in Ordnung bringen. Die Spielräume dafür sind gegenüber 2001 enger geworden, aber wir stellen uns dieser Aufgabe, denn es geht um unser aller Zukunft in unserer Stadt.

Hierzu wollen wir externe Fachleute den städtischen Haushalt durchforsten lassen, um Verschwendung offenzulegen, Sparpotenziale zu erschließen und neue Wege zu entwickeln, wie vor allem große Einkommens-, Körperschafts- und Gewerbesteuerzahler zu stärken sind. Einschnitte, Änderungen und Verschiebungen im städtischen Haushalt werden folgen.

In Rat und Verwaltung ist das Bewusstsein für den Wert einer soliden Finanzpolitik, ausgeglichene Haushalte und strikte Ausgabendisziplin zu stärken, um Handlungsfähigkeit zurückzuerlangen. Investitionen in Bildung, Sicherheit, Infrastruktur und Digitalisierung sind notwendig, dürfen aber nicht die kommunale Finanzkraft überfordern. Förderprogramme von Land, Bund und EU sind stärker darauf zu prüfen, ob sich die Teilnahme für die Stadt rechnet, da diese in der Regel einen beträchtlichen Eigenanteil bedingen. Wir werden gezielt investieren und fördern. Wirtschaft erhält so die notwendigen Freiräume zurück und Arbeitsplätze werden gesichert und neue geschaffen.

Verkehrspolitik für alle

Eine moderne Verkehrspolitik berücksichtigt die Bedürfnisse aller Verkehrsteilnehmer – ob Autofahrer, Radfahrer, Fußgänger oder Nutzer öffentlicher Verkehrsmittel – auch jener, die von außerhalb in das Oberzentrum streben. Wir setzen uns für den Ausbau der Infrastruktur, den Erhalt der Straßen und eine bedarfsgerechte Förderung des öffentlichen Nahverkehrs ein. Nachhaltigkeit und Effizienz sollen im Mittelpunkt stehen, um Mobilität zukunftssicher und umweltfreundlich zu gestalten.

Wir sind gegen jedwede ideologische Priorisierung des Fahrradverkehrs oder die gezielte Behinderung des Autoverkehrs. Wir brauchen ein intelligentes Baustellenmanagement, neue Parkkonzepte mit stabilen Gebühren und einem digitalen Parkleitsystem. Parkhäuser sollen 24 Stunden am Tag geöffnet sein. Das bestehende Angebot an Parkplätzen im öffentlichen Raum soll erhalten, möglichst noch erweitert werden. Fahrradwege werden prioritär saniert, statt Velorouten zu bauen. Wir wollen eine gänzlich andere und ausgewogene Verkehrspolitik definieren und durchsetzen.

Mehr Miteinander und generationenausgewogene Sozialpolitik

Gemeinsam sind wir stärker. Wir stehen für eine Politik des Zusammenhalts und Engagements. Wir fördern den Dialog zwischen den gesellschaftlichen Gruppen und streben nach Lösungen, die das Gemeinwohl im Blick haben. Bessere Sozialpolitik hängt nicht nur vom Geld ab, sondern beruht im Wesentlichen auf einer gezielten Förderung von Eigenverantwortung und bürgerschaftlichem Engagement. Insbesondere in den Bereichen der frühkindlichen Bildung und Betreuung, Unterstützung von Personen mit Einschränkungen sowie der Altenhilfe und -pflege müssen angesichts des Fachkräftemangels kreative und qualitativ angemessene Modelle entwickelt werden. Ein Einstieg hierzu kann u.a. die Stärkung von betreuenden und pflegenden Angehörigen mit einer Angehörigen-Akademie oder einem Braunschweiger Kompetenzzentrum sein („Braunschweiger Modell“). Der soziale Frieden und die Solidarität in unserer Gesellschaft sind uns wichtig und bedürfen der Teilhabe. Eine enge Vernetzung mit den Vereinen und Verbänden unserer Stadt ist dafür unabdingbar. Über sie lässt sich

auch die kulturelle und sportliche Integration fördern. Wir werden bestehende Angebote zum Miteinander sichtbar machen, auch um Vorurteile abzubauen. Für das Leben im Alter braucht es die Förderung von Begegnungsstätten und Wohnkonzepten für Jung und Alt.

Starker Wirtschaftsstandort

Wir wollen Braunschweig als Stadt der Arbeit weiterentwickeln und Leistung stärker belohnen. Wichtig ist eine Standortpolitik, die dazu beiträgt, dass Unternehmen bleiben, expandieren können oder sich neu ansiedeln. Unsere Region ist der Hotspot für Wirtschaft und Wissenschaft in Niedersachsen und soll dies bleiben. Deshalb nutzen wir die vielen kommunalen Stellschrauben und machen uns möglichst attraktiv für neue Arbeitgeber. Das schaffen wir nur, wenn wir ausreichend Gewerbeflächen, aber auch Wohnungsbauflächen neu erschließen. Dem Personalmangel können wir nur wirksam begegnen, wenn wir auch als Wohnstadt attraktiver für Fachkräfte, Familien und den eigenen Nachwuchs werden.

Braunschweig soll als Wirtschaftsstandort konkurrenzfähiger werden. Deshalb setzen wir uns für eine wirtschaftsfreundliche Politik ein, die Innovationen fördert und Bürokratie abbaut, auch durch Einsatz von KI sowie durch kostengünstigere digitale Antrags- und Genehmigungsverfahren. Wir unterstützen Betriebe, besonders den Mittelstand, sowie Existenzgründer durch verlässliche Rahmenbedingungen, um Arbeitsplätze zu sichern und neue zu schaffen.

Wir sind als Auto-Region Garant für den Wohlstand im Lande. Die Rahmenbedingungen für Volkswagen und die Zulieferbranche müssen besser werden. Zudem wollen wir den Forschungsstandort und die Wirtschaft besser miteinander verzahnen und Synergien nutzen, um höchstes wissenschaftliches Niveau zu sichern. Die TU Braunschweig und der Forschungsflughafen Braunschweig-Wolfsburg mit ihren ergänzenden Einrichtungen und Instituten sollen Unternehmen und Existenzgründern in der Region noch mehr Schub geben und die Ansiedlung zukunftsweisender Forschung etwa in den Bereichen KI und Robotik anregen. Mit unserem Forschungs- und Wirtschaftscluster können wir aus Braunschweig ein deutsches „Silicon Valley“ der Mobilität entwickeln.

Wir wollen schneller werden beim Bürokratieabbau und bei der digitalen Transformation in der Verwaltung, in kommunalen Gesellschaften und Schulen. Die papierlose Verwaltung ist für uns keine leere Floskel, sondern das Ziel. Allerdings nur, wenn dadurch Prozesse wirklich schlanker, schneller sowie bürger- und wirtschaftsfreundlicher werden.

Für Familien und Gesundheit, gegen Einsamkeit

Die Familie ist das Herzstück unserer Gesellschaft, das wir durch eine ausgewogene Vereinbarkeit von Beruf und Familie stärken wollen. Betreuungszeiten der Kitas sollen besser gewährleistet und möglichst ausgeweitet werden, um damit auch eine Berufstätigkeit von Eltern in adäquaten und flexiblen Arbeitszeitmodellen zu fördern. Uns sind die Freizeitangebote der Stadtgesellschaft besonders wichtig. Hierbei wollen wir auch Kinder und Jugendliche unmittelbar beteiligen, um ihre Bedürfnisse besser

berücksichtigen zu können. Als Christdemokraten sehen wir den Einzelnen im Fokus unseres Handelns. Wir lassen niemanden in gesellschaftlicher Isolation zurück und entwickeln deshalb unsere Strategie gegen Einsamkeit weiter. Wir wollen auch Schwachen und Benachteiligten echte Teilhabe am Leben ermöglichen. Dazu gehört auch mehr Offenheit der Behörden gegenüber sozialen Innovationen. Denn unsere Stadt ist nur dann stark, wenn Alt und Jung, Arm und Reich, Stark und Schwach zusammenhalten.

Als Oberzentrum muss Braunschweig mit dem Städtischen Klinikum ein erstklassiges Maximalangebot für die gesamte Region bereithalten. Sowohl in Bezug auf die Finanzierung der Investitionen in das Zwei- bzw. Ein-Standort-Konzept als auch auf die sachgerechte Vergütung der operativen Leistungen ist das geänderte Bundesrecht zu analysieren. Vor- und Nachteile eines kommunalen Maximalversorgers müssen parteiübergreifend abgewogen werden, um denkbare Optionen wie die Überführung in ein Universitätsklinikum sachgerecht betrachten zu können. Bedingungen dafür sind, dass Arbeitsplätze gesichert bleiben und die Versorgungsqualität steigt. Die Geschäftsführung ist neu aufzustellen und es müssen personelle Konsequenzen aus Fehlentwicklungen gezogen werden.

Bei alledem darf die angemessene Versorgung durch Haus- und Fachärzte sowie Pflegeeinrichtungen nicht aus dem Blick geraten.

Attraktive Kitas und Schulen

Vereinbarkeit von Familie und Beruf stärken wir durch den Ausbau verlässlicher und flexibler Betreuungsangebote in Krippen und Kitas. Dabei ist sicherzustellen, dass diese Angebote innerhalb des Stadtgebietes in Zahl und Qualität nicht zu sehr voneinander abweichen. Wir streben hier ein hohes Niveau an. Dabei müssen auch die Angebote von Tagesmüttern und betriebsnahen Kindertagesstätten berücksichtigt und vernetzt werden. Eltern müssen immer die Freiheit behalten, Kindererziehung individuell selbst zu gestalten – in einem Umfeld, das Familie als Herzstück der Gesellschaft anerkennt.

Ab dem Sommer 2026 haben alle Schülerinnen und Schüler im Grundschulalter einen Anspruch auf Ganztagsbetreuung. Das kann aber nur funktionieren, wenn bestehende Vereinsstrukturen und Angebote der Kinder- und Jugendarbeit eingebunden werden. Die Schulen müssen personell, baulich und technisch erstklassig sein. Zu ihrer IT-Ausstattung gehören die Fachkräfte für Handhabung, Wartung und Pflege von Hard- und Software. Hier sind Kooperationsprojekte zwischen Schulen denkbar, die durch Sponsoren unterstützt werden sollten.

Moderne Stadtplanung – Braunschweig ganzheitlich denken

Städte müssen den Bedürfnissen heutiger und künftiger Generationen gerecht werden. Wir verfolgen eine moderne, gesamtstädtische Stadtplanung, die ästhetisch und kulturell ansprechend, wirtschaftlich effizient, ökologisch nachhaltig und sozial ausgewogen ist, dabei aber die historischen Kerne respektiert. Wir denken nicht nur in Straßenzügen, Quartieren und Stadtteilen, sondern planen unsere Stadt als Ganzes und eng vernetzt. So, dass es den Menschen in unserer Stadt dient, aber auch jenen, die hier die Angebote des Oberzentrums suchen. Wir setzen neben der angekündigten Entbürokratisierung in Bund

und Land auf einen kommunalen Befreiungsschlag durch gebündelte Kompetenzen. Von Bund und Land erwarten wir ein vereinfachtes Vergaberecht.

Um die Treibhausgas-Neutralität zu erreichen, werden wir jeden Euro nur für die effizientesten Maßnahmen einsetzen. Dazu gehören z.B. die Sanierung kommunaler Gebäude, der Ausbau der Energieberatung, mehr Ladepunkte und ein interkommunaler Windenergiepark unter Bürgerbeteiligung. Wir werden realistische und wirksame Maßnahmen zur Klimaanpassung ergreifen, etwa zur Abwehr von Starkregenereignissen oder hohen Temperaturen in der Stadt durch mehr Grün an Fassaden und eine bessere Entwässerungsplanung. Wir wollen den Menschen dabei aber nicht den Klimaschutz aufzwingen, sondern kluge Anreize setzen. Nur wenn wir die Menschen überzeugen, dass Klimaschutz für unsere Zukunft existenziell wichtig ist und einen Mehrwert bietet, werden wir sie mitnehmen und positive Wirkungen erzielen. Die bestehende Wärmeversorgung soll mit Nahwärmenetzen in neuen Baugebieten und neuen Technologien wie Abwasser- und Flusswärmepumpen im Stadtgebiet unterstützt werden, um langfristig treibhausgasneutral zu werden.

Wir werden prüfen und darauf achten, welche Organisationen wieviel Zuwendungen und wofür aus städtischen Fördertöpfen erhalten.

Wir stehen für ein differenziertes Wohnungsangebot, um auch künftig beispielsweise dem Einzelhandelskaufmann, der Polizistin oder dem Krankenpfleger einen familiengerechten und bezahlbaren Wohnraum bieten zu können. Hierbei sind alle Möglichkeiten kostensparender, z.B. modularer Bauweisen umzusetzen, Bauvorschriften zu reduzieren und Genehmigungsverfahren zu beschleunigen. Ebenso wichtig sind uns Naherholungs- und Grünflächen sowie moderne integrierte Verkehrskonzepte. Städte sollen Orte bleiben, in denen Menschen gerne leben und arbeiten. Braunschweig soll wachsen, auch in die Höhe. Gerade beim sozialen Wohnungsbau muss die Stadt ihre Grundstücke intelligenter verwerten und so einen Beitrag zum gesellschaftlichen Frieden leisten.

Braunschweig ist eine Sport-, Kultur- und Erlebnisstadt. Unsere hochwertig umgestaltete historische Innenstadt will mit gutem Binnenklima zum Einkaufen und Behördengang, Essen und Trinken, zur Begegnung und Kommunikation, Kunst und Unterhaltung einladen. Eine entsprechend vielfältige Nutzerstruktur und gute Erreichbarkeit sind Voraussetzung. Wir fördern hierfür den bedarfsgerechten Bau von Sport- und Freizeitstätten. Hierzu zählt auch ein breites kulturelles Angebot mit unserem Staatstheater im Mittelpunkt.

Geordnete Migration und Integration

Wir setzen auf eine klare Unterscheidung zwischen legaler und gesteuerter Zuwanderung auf der einen sowie irregulär Migration auf der anderen Seite. Wir befürworten ein geregeltes Einwanderungssystem, das qualifizierte Zuwanderung in den regionalen Arbeitsmarkt ermöglicht, humanitäre Verpflichtungen achtet und so die Gesellschaft stärkt. Zugleich muss der Missbrauch des Asylrechts konsequent bekämpft werden. Irreguläre Migration und Schleuserkriminalität sind mit aller Härte des Rechtsstaates zu

unterbinden. Dafür brauchen wir klare Regeln und zuvorderst eine effiziente Rückführungspolitik. Wir wenden uns gegen die Finanzierung von Schlepper-Schiffen und sind für diese auch kein „Sicherer Hafen“.

Was wir sind: Chancengeber. Jeder der legal und aus humanitären Gründen zu uns kommt, dem geben wir die Chance, schnell in unserer Stadt heimisch zu werden. Vorausgesetzt, er lernt Deutsch und arbeitet. Das wollen wir auch kommunal unterstützen: Menschen, die hierbleiben können, müssen wir schnell und unbürokratisch in Arbeit bringen, beispielsweise über Betriebspraktika. Vom ersten Tag an steuern wir die Integration mit verpflichtenden Deutschkursen und Integrationslotsen. Dazu stützen wir Ehrenamtliche, die beispielsweise als Schulbegleiter agieren oder Hilfe beim Amt leisten.

Braunschweig – so bauen wir dich.

Beschlossen vom Kreisausschuss im April 2025.